

Die Arbeit bleibt, die Ressourcenzusagen werden gebrochen

Antragsteller: Stadtverband Bremerhaven

Die Kolleginnen und Kollegen in Bremen und Bremerhaven sehen sich konfrontiert mit einer inhaltlich anspruchsvollen Schulentwicklung und einem Unterlaufen von Ressourcenzusagen durch die politischen Entscheidungsträger. Verwiesen sei zu letzterem auf den Dresdener Bildungsgipfel und den „schulpolitischen Friedensvertrag“ zwischen mehreren Fraktionen der Bremischen Bürgerschaft.

Im Effekt dieses Widerspruchs sind Arbeitsbelastungen auf unterschiedlichsten Feldern der pädagogischen Arbeit gestiegen.

Die Delegiertenversammlung des Stadtverbandes Bremerhaven hat im Frühjahr 2011 Belastungen zusammengestellt, in vier Bereiche geordnet und Forderungen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen formuliert.

Diese Bereiche akzentuieren Belastungsschwerpunkte:

- Durch eine gute Ausstattung an Bremerhavener Schulen gute Arbeit ermöglichen;
- sinnvollen Dokumentationen Zeit geben;
- der erforderlichen Individualisierung Zeit und Personal gewähren;
- Lehrerinnen und Lehrer haben ein Anrecht auf echte Pausen.

Der Stadtverbandsvorstand Bremerhaven beantragt eine Befassung der durch die städtische Delegiertenversammlung eingebrachte Belastungsauflistung im neuen Landesvorstand. Im Ergebnis sind Prioritäten für die landesweite Auseinandersetzung um bessere Arbeitsbedingungen zu definieren und mobilisierungsfähige Aktivitäten zu entwickeln.

Anlage: Papier „Wir wollen an Bremerhavener Schulen gute Arbeit leisten können“

Wenn du einen
Frosch in heißes
Wasser setzt,
springt er sofort

Wenn du aber einen
Frosch in kaltes Wasser
setzt und dieses allmählich
erhitzt, bleibt er sitzen und
stirbt!

Die Lehrerinnen
und Lehrer merken
bestimmt, wenn es
zu heiß wird, sie
sind ja keine
Frösche.

Wir wollen an Bremerhavener Schulen gute Arbeit leisten können!

Vorbemerkung

Der Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung im Jahr 1997 folgten u. a. eine Verringerung der Altersermäßigung sowie die Einführung von Präsenz- und Kooperationszeiten.

Auf der Einkommenseite erfolgte eine Streichung der Sonderzahlungen (Weihnachts- und Urlaubsgeld) und die Einkommenserhöhungen blieben unter der Inflationsrate. Als neuester Schritt in diese Richtung wird für die Beamtinnen und Beamten im Lande Bremen noch nicht einmal der für Angestellte ausgehandelte Tarif inhalts- und zeitgleich übernommen. Damit gehören die verbeamteten Lehrerinnen und Lehrer zu den am härtesten Betroffenen.

Gleichzeitig sind die Anforderungen an die Schule und an den Schulen enorm gestiegen und lösen bei den Lehrerinnen und Lehrern zunehmend Stress aus. Im März 2011 haben GEW-Mitglieder aus verschiedenen Kollegien auf einer Delegiertenversammlung viele Faktoren der Arbeitsbelastung zusammengetragen. Der Vorstand dankt den Delegierten, die viele Stressoren nennen konnten. Hätte etwas mehr Zeit zur Verfügung gestanden, wäre die Aufstellung sicher noch umfangreicher geworden und vielleicht kommt die Leserin oder der Leser selbst noch auf weitere Punkte.

Im folgenden haben wir die genannten Belastungsfaktoren gegliedert und mit Forderungen versehen, um Abhilfen für die Belastungen in der Schule aufzuzeigen und einzufordern. Zwei der genannten Belastungsbereiche haben wir bereits als Anträge in die letzte Personalversammlung am 13. April 2011 eingebracht. Die dort einstimmig angenommenen Texte sind in diesem Papier am Ende dokumentiert. Der Antrag „Gute Schule braucht qualifiziertes Personal“ enthält Forderungen zur Personalsicherung, zur Qualifizierung und zum „Personalmix“, der Antrag „Schulentwicklung stärken“ Forderungen zur Schulausstattung, zur Entlastung der Lehrkräfte und zur Evaluation.

Die Arbeitszeit taucht an verschiedenen Stellen unserer Auflistung als Belastungsfaktor auf. Wir gehen heute davon aus, dass tatsächliche Abhilfe nur durch ein Gesamtarbeitszeitmodell geschaffen werden kann. Solange dies nicht durchgesetzt ist, werden wir auf politischem Wege versuchen, einzelne Komponenten zu verbessern.

(Ort/ Arbeitsplatz)

Durch eine gute Ausstattung an Bremerhavener Schulen gute Arbeit ermöglichen

An vielen Bremerhavener Schulen fehlen PC-Arbeitsplätze und Teamräume für Lehrerinnen und Lehrer, Medien wie z.B. Fernseher/ DVD sind schlecht zu organisieren. Die Liste der Mängel ist lang. Eine gute Ausgestaltung des Arbeitsplatzes stellt eine elementare Voraussetzung für gute Arbeit dar. Daher fordern wir zumindest:

- ergonomisch ausgestaltete Arbeitsplätze mit PC- und Internetzugang - in einer Zahl, die es gestattet, sinnvoll und ungestört z.B. an der Unterrichtsvor- und -nachbereitung zu arbeiten.
- Teamräume für ungestörte Besprechungen, auch kleinerer Gruppen wie z.B. von unterrichtendem Personal, Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen.
- multimedial nach neuestem Stand ausgestaltete Unterrichtsräume (Beamer, Audioanlage) oder einen technischen Assistenten, der für die Bereitstellung der benötigten Medien sorgt.

Der tägliche Lärm ist sehr belastend:

- Der Lärmschutz in allen Unterrichtsräumen, im Lehrerzimmer und den Team- und Arbeitsräumen muss dem aktuellen technischen Stand und den Forderungen des Arbeitsschutzes und der Arbeitssicherheit entsprechen.

Unter dem Gesichtspunkt der geforderten Inklusion:

- Alle Schulen müssen barrierefrei sein.

Beim Blick in die Schulen zeigt sich, dass der Sanierungsprozess mit erhöhten Mitteln fortgesetzt werden muss. Gerade die vollständig renovierten Schulen geben einen beeindruckenden Hinweis darauf, wie Schulen gestaltet sein können.

(Zeit/ Bürokratie)

Sinnvollen Dokumentationen Zeit geben

Insbesondere an den Grundschulen nehmen Leistungsdokumentationen und der mit den Zeugnissen verbundene Verwaltungsaufwand enorme Ausmaße an. Hinzu kommen nicht nur dort Anträge bzw. Berichte für Bildungsgangwechsel, für das Jugendamt, für Psychologen oder Prüfungsaufgaben.

Wir haben den Eindruck, dass bei Erlassen und Verordnungen nach dem Motto verfahren wurde: „Es gibt keine Grenze für die Arbeit, die man nicht selber tun muss“.

- Alle Aufgaben sind von Amts wegen mit der Angabe des durchschnittlichen Zeitaufwands für ihre Erledigung zu versehen, so dass eine realistische Einschätzung der Lehrerarbeitszeit möglich ist.
- Vor diesem Hintergrund ist zu bewerten, ob der geforderte Aufwand sinnvoll ist und ob er zumutbar ist oder ob geeignete Entlastungen zu gewähren sind. Darüber erstattet das Schulamt Bericht an den Schulausschuss und die bildungspolitisch interessierte Öffentlichkeit.

Schulentwicklungsaufgaben, wie sie durch die Notwendigkeit entstanden sind, die Oberschule einzuführen, Ganztagschulen zu planen und Teamarbeit sowie individuellen Unterricht zu gestalten und weiterzuentwickeln, werden ohne hinreichende Entlastung gestellt. Beispielhaft sei hier auch die Umgestaltung der Förderstrukturen in der Primarschule erwähnt. Präsenzzeiten, die der Absprache unter den Kolleginnen und Kollegen dienen sollten, werden durch Arbeitsgruppen „verbraucht“, die die Schulentwicklung vorbereiten müssen.

- Die wöchentliche Unterrichtsverpflichtung ist generell dauerhaft um zwei Stunden zu senken. In der Oberschule müssen während der Einführungsphase zusätzlich zwei weitere Stunden als Entlastung gewährt werden.
- *Im Primarbereich ist der Prozess der Entwicklung und Ausgestaltung integrativen Unterrichts aller Schülerinnen und Schüler bereits begonnen worden, ohne dass hierfür eine entsprechende Entlastung zur Verfügung gestanden hat. Da dieser Prozess in der Praxis noch lange nicht abgeschlossen ist, bedarf es neben einer angemessenen Entlastung auch weiterer Qualifizierungsmöglichkeiten für die Kollegien. Als angemessen betrachten wir eine Stundenermäßigung in vergleichbarer Höhe wie bei den Oberschulkollegen.*

(Zeit/ Schüler)

Der erforderlichen Individualisierung Zeit und Personal gewähren

Vor dem Hintergrund einer veränderten Kindheit und den Auswirkungen der verbreiteten Armut in Bremerhaven muss nicht nur die Individualisierung im Unterricht stattfinden, sondern ist auch eine individuelle Betreuung der Schülerinnen und Schüler notwendig. Daher fordern wir:

- Sozialpädagoginnen oder Sozialpädagogen an allen Bremerhavener Schulen.

Im Rahmen des Inklusionsprozesses entfällt mittelfristig die Statuierung von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf insbesondere im Bereich Lernen, Sprache und Verhalten. Auch ohne Statuierung bleibt der individuelle Förderbedarf dieser Schülerinnen und Schüler bestehen. Für eine inklusive Beschulung müssen zukünftig in allen Schulstufen und -arten ausreichend Förderressourcen bereitstehen. Eine Ausweitung der bisherigen Mittelzuweisung ist daher dringend notwendig. Wir fordern:

- An der zugesagten Klassenzusammensetzung (höchstens zwei Kinder mit L-Status pro Oberschulklasse) muss festgehalten werden. Werden darüber hinaus mehr Plätze für Kinder mit L-Status benötigt, ist die Anzahl der Klassenverbände entsprechend zu erhöhen.
- Diese Regelung ist für die Grundschulen zu übernehmen. Für die Klassen, in denen zurzeit mehr als zwei Kinder mit L-Status sind, müssen Regelungen gefunden werden, die einen entsprechenden Entlastungseffekt für die Lehrkräfte und vergleichbare Lernbedingungen für die Kinder sicherstellen, ohne die Grundschulkinder quer durch Bremerhaven zu schicken.
- Die Klassenlehrerinnen und Klassenlehrer aller Lerngruppen sind für ihre vielfältigen Aufgaben für mindestens eine Stunde von der Unterrichtsverpflichtung freizustellen.

Die angestrebte stärkere Individualisierung des Lernens erfordert auch einen stärkeren Einsatz von Lehrkräften, der dauerhaft nur von einer größeren Zahl von Lehrerinnen und Lehrern zu erbringen ist.

- Vor diesem Hintergrund fordern wir mit hoher Dringlichkeit die Vorlage eines Personalentwicklungskonzeptes, das sich insbesondere die Gewinnung neuer Lehrkräfte und die Abschaffung prekärer Arbeitsverhältnisse in diversen Gruppen des nicht unterrichtenden Personals als Aufgabe stellt.

(Zeit/ Lehrer)

Lehrerinnen und Lehrer haben ein Anrecht auf echte Pausen

Lehrerinnen und Lehrer sind während der Unterrichtszeit (an offenen und gebundenen Ganztagschulen findet diese nicht nur am Schulvormittag statt) pausenlos beschäftigt, d. h. die arbeitsschutzrechtlichen Anforderungen an eine Pause werden nicht erfüllt.

- Präsenzzeiten sind Teil der Arbeitszeit. Werden sie verpflichtend erwartet, müssen sie in ein Gesamtarbeitszeitmodell einbezogen werden.
- Ruhe- und Rückzugsmöglichkeiten sollten geschaffen werden, die mindestens in den Freistunden nutzbar sind.
- Ein Gesamtarbeitszeitmodell muss ausreichend Zeit für die Kommunikation der Kolleginnen und Kollegen untereinander und mit anderen Institutionen vorsehen, da die Möglichkeiten dazu zurzeit unzureichend sind.

Die zunehmende Arbeitsbelastung durch die Betreuung von Referendarinnen, Referendaren, Quereinsteigerinnen und Quereinsteigern und durch Vertretungsverpflichtungen wird beklagt.

- Die Ausbildung der Referendarinnen und Referendare muss wieder vorrangig von Seminarleiterinnen und Seminarleitern wahrgenommen werden.
- Konzepte zur Einarbeitung und Qualifizierung der Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger müssen entwickelt werden, die die Hauptlast nicht den Kolleginnen und Kollegen aufbürden.
- Die Mehrbelastung für die Kolleginnen und Kollegen durch Vertretungen, wie sie auch aus den Statistiken der Schulamts zu krankheitsbedingten Unterrichtsausfällen deutlich wird, muss durch eine erhöhte Vertretungsreserve reduziert werden.

Ergänzend ist zu beachten, dass Referendarinnen, Referendare, Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger nicht in einer Weise belastet werden, die ihre notwendige Qualifizierung gerade in der Berufseinstiegsphase in Frage stellt, z. B. durch den Umfang des eigenverantwortlichen Unterrichts bei den Referendarinnen und Referendaren oder durch die volle Unterrichtsverpflichtung bei den Quereinsteigerinnen und Quereinsteigern.

Der häufige Wechsel der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Ganztagsbereich wirkt sich ebenfalls belastend auf die Kollegien aus.

- Die Arbeitsbedingungen im Ganztagsbereich sind vordringlich zu verbessern, um damit die Fluktuation dort einzuschränken.